

Essay über mentale Gräben und politische Schluchten

In achtzig Tagen gegen die Welt

Zwischenbilanz über die Veränderung Österreichs

Von Robert Menasse*

In Ingeborg Bachmanns Roman «Malina» treffen die Protagonisten sich in der Wiener Innenstadt und beschliessen, «zum Abgrund zu gehen und dort einen Kaffee zu trinken». Ein Abgrund, eine Schlucht, ein sich auftuender Boden (portugiesisch «fossa») inmitten eines urbanen Zentrums! Und diese Gelassenheit, mit der am Rande des Abgrunds Kaffee getrunken wird! Kann es ein überraschenderes, ein dichteres Bild geben für die Dialektik der Moderne, für die doppelbödige Realität Europas, das nach den Greueln des letzten Weltkriegs so schön getüncht wiederaufgebaut wurde, und für die letztlich abgründige Unschuld der Österreicher im besonderen? Übersetzt man allerdings das portugiesische Wort «fossa» zurück ins Deutsche, befinden wir uns auf dem «Graben», einem schicken Platz im Zentrum Wiens mit einigen Cafés ohne doppelten Boden, ohne sich öffnende Schlucht.

Ich glaube, weder Österreicher noch Nicht-Österreicher sind sich wirklich darüber im klaren, auf wieviel produktiven Missverständnissen jede Debatte über die literarische, aber auch politische und gesellschaftliche Realität dieses Landes beruht: scheinbar so einfach nachvollziehbare Voraussetzungen, die so einfach nachvollziehbar aber gar nicht sind, scheinen unversehens ins Groteske oder Bedrohliche zu kippen, das aber so grotesk oder bedrohlich gar nicht ist, und dazwischen tun sich Abgründe auf, die zwar nicht existieren, aber doch Einblicke unter die Oberfläche ermöglichen.

Wir gehen in ein Café auf dem Graben, um das Wahlergebnis vom 3. Oktober zu diskutieren – und es scheint sich ein Abgrund aufzutun: Unter den Lettern «Der neue Kanzler» strahlt von den Titelseiten aller österreichischen Nachrichtenmagazine eine Photo des lachenden Spitzenkandidaten jener Partei, die bei diesen Wahlen auf den dritten Platz der Wählerzustimmung zurückgefallen war. So übergangslos, so plötzlich aus dem Nichts wird in Österreich einfache Normalität surreal. Irrtum! Nichts ist surreal. Der Mann wurde dann wirklich Kanzler! Und kein denkendes Gemüt in Österreich hat es anders erwartet. Er hatte auf Grund dieser Wahl eine parlamenta-

rische Mehrheit, die ihn zum Kanzler machen konnte und wollte.

Was ist wahr?

Der Welt erschien also als normal, was in Österreich eine Sensation war: dass nämlich eine Wahl ein Ergebnis zeitigt, das eine politische Änderung ermöglichte. Und dann erschien der Welt als völlig unverständlich und bodenlos, was den Österreichern nur logisch und selbstverständlich erscheinen musste: dass diese Änderung, die so sehr erwartet wurde, dass sie sich einhellig in den Titelseiten der Printmedien spiegelte, nun auch vollzogen wurde. Der Graben wurde also zur «fossa» und ist doch nichts anderes, als er immer schon war. Ein topographisch einfach bestimmbarer Ort, wo ein Café renoviert wird, ein anderes verkommt und wo ausgerechnet «die Pestsäule», so ein Reiseführer, «die Schönheit des österreichischen Barock anschaulich macht».

Es ist wahrlich mühsam, über Österreich zu diskutieren und dabei unausgesetzt jene Schluchten, die sich zwischen der österreichischen und der internationalen «Normalität» auftun, zu überbrücken. Zumal sie, diese Abgründe, nicht Folge von Abgrenzung sind, von Gräben, die mutwillig aufgerissen werden, sondern ganz im Gegenteil Produkt eines Übereifers der Nachahmung, eines verzweifelten Bemühens, so zu sein oder zumindest zu scheinen wie die anderen – wobei die anderen dann allerdings nur fassungslos die sich erst dadurch öffnenden Differenzen bestaunen. In demokratischen Ländern, wo es, weil sie eben demokratische Länder sind, zu regelmässigen Regierungswechseln kommt, ist es bekanntlich üblich, nach hundert Tagen Amtszeit einer neuen Regierung eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Nun gab es nach mehr als einem Vierteljahrhundert sogar in Österreich die Möglichkeit dafür. Endlich auch diesbezüglich Normalität also? Mitnichten. Der unmittelbar so banale Nachahmungstrieb hat sich übergangslos in ein Graben-«fossa»-Missverständnis verheddert.

Lehren die international erfolgreichen Medien nicht auch dies: dass man schnell sein, den Kon-

kurrenten zuvorkommen müsse? Zwei Aspekte internationaler Normalität verbanden sich daher in der österreichischen Variante zu einer von ausen kaum nachvollziehbaren Absonderlichkeit: Die Bilanzen «Die ersten hundert Tage» erschienen in allen österreichischen Medien bereits rund achtzig Tage nach Antritt der gegenwärtigen Regierung. Und die restlichen zwanzig Tage? Die markieren genau die Differenz, um die es hier geht: Während die Österreicher irgendwie zu Recht der Meinung sind, wieder einmal internationale Vorgaben übererfüllt zu haben, sieht die internationale Öffentlichkeit nur einmal mehr, dass da etwas fehlt, unterschlagen, vergessen oder gar verdrängt wurde. Liest man in diesen Tagen etwa die holländische Presse, kann man auf die Frage stossen, «ob diese vergessenen zwanzig Tage die Österreicher bereits jetzt darauf einüben sollen, das aktuelle Kapitel ihrer Geschichte der-einst so zu vergessen wie die Jahre zwischen 1938 und 1945». Natürlich ist diese Reaktion un-gerecht, so sehr wie der Anlass lächerlich ist. Aber der Eindruck ist einmal mehr: Der Graben, diese elegante Adresse, ist zugleich «fossa», ein unerklärlicher Abgrund.

Was ist das für ein Land, was können wir nach hundert Tagen neuer Regierung erkennen, wenn wir eine Brücke schlagen über den Graben beziehungsweise über den «Graben» und hinab-blicken? Es wäre natürlich ein groteskes Missver-ständnis, verschärft dadurch, dass es so besonders naheliegend ist, wenn wir nun diese Regierung «nach ihren Taten beurteilen» wollten. Denn ge-nau dadurch täte sich keine Differenz, keine Kluft auf, und unsere Brücke wäre eine Brücke über nichts, über keinen Graben. Denn diese Koalition regiert auf der Basis eines Regierungsprogramms, das bekanntlich weitgehend identisch ist mit jenem, das bereits für den Fall ausverhandelt war, dass es doch noch einmal zu einer Fortsetzung der alten Regierungskoalition kommt. Der einzige markante Unterschied, der Graben, der zur «fossa» wird, ist die Tatsache, dass diese Regie-rung plötzlich mit Auseinandersetzungen und Sanktionen konfrontiert ist, die Österreich in eine internationale Quarantäne befördern, just als dies-es Land endlich die selbstgewählte Quarantäne verlassen hatte, in der jahrzehntelang versucht worden war, aus dem Atlantis des Weltgeists eine «Insel der Seligen» zu machen.

Die ersten hundert Tage der gegenwärtigen Regierung zeigen vor allem, dass dringend die Geschichte des Antifaschismus in der Zweiten Republik aufgearbeitet gehört. Kein Land auf die-sem Kontinent, der vor über einem halben Jahr-

hundert fast zur Gänze faschistisch war, ist jemals so unnachgiebig und konsequent der Wiederbetä-tigung bezichtigt worden wie Österreich im Jahr 2000 auf Grund der gegenwärtigen Regierung. Da muss also etwas Wahres dran sein, und es kann doch so nicht wahr sein – mit anderen Worten: Hier haben wir den Graben. Was ist wahr?

Kann es wahr sein, dass die Geschichte Öster-reichs, wenn wir heute von Österreich sprechen, mit Hitler begann und systematisch zu einem an-geblichen Wiedergänger führte? Kann es, zum Beispiel, wahr sein, dass eine österreichische Dichterin wirklich nur Schulterklopfen erntet, wenn sie über Jahre ihr literarisches Werk auf der eigentümlichen These aufbaut: «Österreich ist faschistisch. Der Sport ist faschistisch. Alles ist faschistisch!» – und just im Moment, da ein sol-ches Werk sich gegenüber der Realität behaupten könnte, ja müsste, eine Erklärung veröffentlicht, der wörtlich zu entnehmen ist: «Die Aufführung meiner Stücke in Österreich zu verbieten ist die letzte Freiheit, die mir noch geblieben ist.»

Die kalte Verabschiedung Österreichs von sei-ner jüngsten Geschichte war ein Bruch, ein Bruch in einer der Formen, die damals möglich waren, rückblickend gewiss nicht der am meisten wün-schenswerte, aber es war ein Bruch. Niemand hat gegen diese Zäsur Einspruch erhoben, niemand hat laut und vernehmlich in Österreich gesagt: Halt! So einfach lassen wir uns unsere Geschichte nicht wegnehmen, wir waren keine Opfer, wir haben an etwas geglaubt, es war nicht alles schlecht! – Nein, der *common sense* war: Bruch mit dieser Geschichte, weg damit!

Und: Es wurde entnazifiziert. So halbherzig und lustlos dies auch geschehen sein mag, gleich-sam als Pflichtübung gegenüber den Alliierten, so hatte es doch Konsequenzen: Die Entnazifizie-rung produzierte einen radikalen Bruch in der öffentlichen Meinung über den Nationalsozialis-mus, sie produzierte Brüche in individuellen Kar-rieren, Identitätsbrüche – einfach deshalb, weil sich jeder Nazi nach 45 die Frage gefallen lassen musste, ob er nicht ein Verbrecher war. Eine Frage übrigens, mit der die Austrofaschisten nach 45 nie konfrontiert wurden.

«Antifaschistisch»

Es ist seltsam, dass regelmässig vergessen wird, dass Österreich nicht einen, sondern zwei Faschismen hatte erdulden müssen. Seltsam, dass die Österreich-Kritiker in ihrer unermüdlichen Suche nach «faschistischen Kontinuitäten» diese immer dort behaupten, wo es sie nicht gibt, sie aber dort nicht sehen, wo sie auf der Hand liegen.

Als Hitler 1938 Österreich kassierte, wurden nicht nur augenblicklich Kommunisten, überhaupt Antifaschisten aller politischen Lager, Juden, Zigeuner und Homosexuelle verfolgt, sondern auch seine unmittelbaren politischen Konkurrenten. Und der Austrofaschismus war ein konkurrierender Faschismus. Deshalb kamen auch Faschisten in die Lager der Nationalsozialisten. Das führte 1945, nach der Befreiung, dazu, dass die Austrofaschisten als Hitler-Opfer und daher in einem praktischen Kurzschluss als «Antifaschisten» anerkannt – und sofort exkulpiert waren. Sie waren die Faschisten, die nach 45 keine Zäsur machen mussten, sie konnten unmittelbar dort weitermachen, wo sie vor Hitler aufgehört hatten, sie konnten unbelastet darauf zurückkommen. Was sie repräsentierten, war der «gute, der anständige» Faschismus, der damals nur noch nach leidvoll geprüfem Patriotismus roch.

Was bei der Beurteilung der österreichischen Realität also immer vergessen wird: Kein Austrofaschist ist, im Gegensatz zu den Nazis, je mit der Frage konfrontiert worden, ob er einem grossen Irrtum, einer Verblendung aufgesessen ist, gar ein Verbrecher war, keiner hat auch nur die Veranlassung gehabt, sich das insgeheim zu fragen. Im Gegenteil: Sie wurden – im Gegensatz zu den Kommunisten oder Radikalsozialisten mit ihren unermesslichen Opfern im Widerstand – als patriotische Kämpfer heiliggesprochen.

Es wäre interessant zu wissen, wie die europäi-

sche und die Weltmeinung reagiert hätten, wenn die SPÖ, statt hilflos darüber zu stolpern, dass ein Vertreter der Sozialpartnerschaft nicht das Regierungsprogramm unterschreiben will, gesagt hätte: «Wir können mit der ÖVP nur dann eine neue Koalition eingehen, wenn sie endlich mit der Faschismus-Verherrlichung aufhört, die sich z. B. auch daran zeigt, dass diese Partei immer noch ein Porträt des austrofaschistischen Führers in ihren Klub-Räumen hängen hat!» Hätten «getto-attack», Demokratische Offensive, SOS-Mitmensch diese Ansage unterstützt? Warum nicht? Dreihunderttausend Menschen auf dem Heldenplatz gegen austrofaschistische Kontinuitäten? Warum nicht? Wo beginnt der Antifaschismus? Erst beim Kampf gegen Nationalsozialismus?

Und wenn der Begriff «Antifaschismus» heute in Österreich nur noch «Kampf gegen den Nationalsozialismus» bedeutet, wie begründet man dann den Kampf gegen die FPÖ und Haider, dem man alles mögliche nachweisen kann, aber nicht, dass er ein Neonazi mit nationalsozialistischer politischer Programmatik ist? Beweist es nicht geradezu, wie radikal der Bruch Österreichs mit seiner Nazi-Vergangenheit war, wenn nicht einmal mehr die österreichischen Antifaschisten, also jene, die sich am intensivsten damit beschäftigt haben, heute wissen, was nationalsozialistische Programmatik ist?

* Der Autor schreibt zurzeit als Writer in Residence in Amsterdam an einem Österreich-Roman.

Was ist Austrofaschismus – und was will Haider?

Wer jetzt einwendet, dass Haider, egal ob er vorprescht oder ob er taktisch zurücktritt, sich natürlich hütet anzukündigen, was er will, sondern dies erst zeigen wird, wenn er Kanzler ist – wer das wirklich glaubt, der muss mit dieser Behauptung eine neue Faschismustheorie mitliefern. Denn dann sind alle Faschismustheorien, die wir kennen, Makulatur. Es gab nämlich keine einzige faschistische Bewegung, die nicht angekündigt hatte, was sie wollte. Das würde mich in der Tat interessieren: eine neue Faschismustheorie, die empirisch begründet ist auf der Analyse eines österreichischen Landeshauptmanns ohne explizites faschistisches Programm.

Wenn es, wie gesagt, eine faschistische Kontinuität in Österreich gab, dann die vom Austrofaschismus in die Zweite Republik. Diese Kontinuität war eine dreifache: einerseits eine institutionelle, durch das sozialpartnerschaftliche Konkordanzsystem ohne wirksame Opposition und

demokratische Kontrolle, das zu Recht von den Linken über Jahrzehnte kritisiert worden ist, bis es durch Haiders Kritik plötzlich zur heiligen Kuh der Linken wurde, zweitens eine verfassungsgeschichtliche, die der Grund dafür ist, dass die Verfassung der Zweiten Republik keinem denkenden Menschen ermöglicht, ein Verfassungspatriot zu sein, ja mehr noch: die dazu führt, dass «Verfassungskonformität» erst zur Bedrohung werden kann, gegen die die Demokraten heute kämpfen, und drittens eine mentalitätsgeschichtliche, die sich in dem operettenhaften Patriotismus der Zweiten Republik zeigt, einer geistlosen Fortsetzung der im Ständestaat vorformulierten Liebe zum «österreichischen Wesen», zu den «österreichischen Naturschönheiten», zu der «Sendung des Österreichs», zum blossen Dasein auf dieser bitte schön dankbaren, mit Mozart beschenkten Welt, und so weiter, zu allem möglichen also, nur nicht zu der Idee eines aufgeklärten Rechts-

zustands.

Womit hat Haider, der bekanntlich «die Deutschtümelei in der Freiheitlichen Partei» abgeschafft hat, in den letzten Jahren systematisch gepunktet? Immer wieder mit Referenzen an die austrofaschistische Mentalität, immer mit einer Mobilisierung dieser Geisteshaltung, die in Österreich nie einen Bruch, nie eine Zäsur, nie eine kritische Revision erfahren hat. Die seit 1945 in Österreich als gut, als anständig, als fleissig, als patriotisch galt und dabei auch noch als antifaschistisch, weil von Hitler verfolgt. Was jeden entlastet, der Haider zustimmt, und jeden zu Recht wütend macht, der wegen dieser Zustimmung als «Nazi» bezeichnet wird. Diese Geisteshaltung, die in der Zweiten Republik von Anbeginn an da war, so «unbelastet» und von allen Parteien und von der Boulevardpresse systematisch bedient, weil sie so vorbildlich «patriotisch» war, diese Mentalität hat Haider systematisch aktiviert – ohne dabei auf die konkrete politische Programmatik des Austrofaschismus oder auf dessen Symbole zurückzugreifen, ganz anders eben, als es die Neonazis etwa mit dem Hakenkreuz tun. Nein, Haider's Programm war: «Vergiss das Programm, mobilisiere die Mentalität!» Und austrofaschistischer Ungeist im Gegensatz zu nationalsozialistischem bedeutet: dem «kleinen Mann» verpflichtet und nicht seiner Aufhebung in einer Monumentalrepräsentation; irgendwie «modern», aber antiurban; trotzig herrisch, aber nicht weltmachtsüchtig; ressentimentgeladen und nicht eiskalt technokratisch; autoritätssüchtig, aber nicht reihungsgliedstramm; ausgrenzend, aber nicht vernichtend.

Bis hierher ist vielleicht alles überraschend, aber doch klar, weil eindeutig. Jetzt aber wird es für die Antifaschisten kompliziert, weil dialektisch. Die mentalitätsgeschichtliche Kontinuität vom Austrofaschismus in die Zweite Republik hat Haider also am besten für sich genützt. Irgendwie damit gespielt haben aber alle: Von der institutionellen Kontinuität haben bis zur letzten Sekunde ausschliesslich die beiden Parteien profitiert, die ein halbes Jahrhundert gemeinsam dieses Land regiert haben – am Ende nur noch schulterun-schlüssig gegen Haider und dabei nie von wünschenswerten internationalen Sanktionen bestraft. Die Sozialdemokratie hatte es bereits als einen für alle Ewigkeit ausreichenden «Demokratisierungsschub» empfunden, in die vom austrofaschistischen Ständestaat vorgegebenen und herübergeretteten Strukturen nun mit eingebunden zu werden: in die ausserparlamentarische Aushandlung der Gesetze, unter informeller Einbeziehung

der Stände, ohne demokratische Kontrolle. Haider aber hat diesem System unausgesetzt schwere Schläge versetzt. Hier kommt er als einfacher Machtpolitiker ins Bild: Wenn er regieren will, dann will er keine Nebenregierung. Bloss durch diesen Sachverhalt ist er mit jedem Politiker der demokratischen Welt kompatibler als alle jene, die Österreich bis Ende 1999 regiert haben.

Es ist kein Satz, keine Absichtserklärung Haider's bekannt, dass er das Parlament schliessen, den Parlamentarismus abschaffen wolle, aber bekannt ist sein systematischer Kampf gegen die Sozialpartnerschaft, gegen dieses korporatistische, ausserparlamentarische, aus dem Ständestaat kommende, das Parlament entmachtende Nebenregierungssystem.

Wie geht man jetzt mit diesem dynamischen Widerspruch um? Einerseits bedient Haider die aus dem Austrofaschismus ungebrochen fortwirkende alltagsfaschistische Mentalität, erntet an Zustimmung, was die früheren Regierungsparteien an «anständigem Patriotismus» gesät haben, andererseits zerstört er systematisch die realpolitische, institutionelle Kontinuität aus dem Austrofaschismus – übrigens in einer wahrlich grossen Koalition mit dem europäischen Kapital, das mit diesem schrulligen Austriazismus namens Sozialpartnerschaft ebenfalls wenig Geduld hat. Und dies ebenfalls nicht unbedingt aus hehren demokratiepolitischen Gründen: sondern weil die Sozialpartnerschaft schlicht und einfach die wirtschaftliche Liberalisierung behindert. Das ist übrigens das schrulligste Missverständnis überhaupt, um nicht zu sagen der Treppenwitz: dass die europäischen Länder im Namen einer Idee, eines blossen Ornaments auf dem europäischen Gebäude, in einem Mitgliedsland den konsequentesten Verbündeten im Hinblick auf ihre Praxis bekämpfen.

Was für ein Graben... Und er wird immer breiter: Seit hundert Tagen hat Österreich eine Regierung, die gnadenlos entschlossen ist, endlich die Maastricht-Kriterien umzusetzen – und Europa ist besorgt. Österreich hat eine Regierung, die die logische Konsequenz des EU-Beitritts, nämlich den Nato-Beitritt, lieber heute als morgen vollziehen möchte – und Europa stuft die diplomatischen Beziehungen zu Österreich zurück, wünscht sich wieder jene Regierung zurück, die in immobiler Monumentalität, wie die Pestsäule auf dem Graben, das staatswirtschaftliche und «neutrale» Österreich repräsentierte...

Wie geht man damit um? Was zählt in der Politik mehr: die Absicht oder das Ergebnis? Gehörte diese Entwicklung nicht einmal seriös diskutiert,

statt, bei allem verständlichen Widerwillen gegen die Sprache der Freiheitlichen Partei, die mit Freiheit so viel zu tun hat wie das Schönheitliche mit Schönheit, einfach immer nur «Haider = Hitler»-Tafeln vor sich herzutragen beziehungsweise flammende Reden an jene zu halten, die dies tun? Und als wäre das noch nicht vertrackt genug, kommen jetzt auch noch die verfassungsgeschichtlichen Kontinuitäten dazu. «Österreich ist eine demokratische Republik. Alle Macht geht vom Volk aus.» Das ist der Satz, den jeder Österreicher in der Schule lernt. Was er nicht mehr lernt, ist alles, was danach kommt: nämlich die systematische Destruktion von allem, was man eine demokratische Verfassung nennen könnte. Die österreichische Verfassung ist eine Ruine der Verfassung aus der Monarchie, auf sehr bedenkliche Weise «modernisiert» in der Ersten Republik am Vorabend des Ständestaats, bereits im Hinblick auf den Austrofaschismus und daher von diesem heiliggesprochen, schliesslich in der Zweiten Republik ergänzt durch eine Anthologie systematischer Verfassungsbrüche, die nur deshalb von der alten «Grossen Koalition» mit ihrer unseligen Zweidrittelmehrheit in die Verfassung hineingeschrieben wurden, damit der Verfassungsgerichtshof diese Gesetze nicht als verfassungswidrig aufheben kann.

Was wäre gewesen, wenn sich Österreich nach 1945, so wie die Bundesrepublik, eine moderne, klare, demokratische Verfassung gegeben und sich darauf verpflichtet hätte, sie grundsätzlich zu achten, einzuhalten und zu verteidigen? Wäre dann nicht mit der Zeit im Inland und auch im Ausland das selbstverständliche Bewusstsein entstanden, dass jede politische Entwicklung, jeder Regierungswechsel eine Selbstverständlichkeit auf der Basis eines demokratischen Konsenses ist? Wäre es dann nicht möglich gewesen, einen gelassenen Verfassungspatriotismus auch in Österreich zu entwickeln statt diesen gespenstischen Wett-eifer der Moralisten und Scheinheiligen, wer nun das «anständige», wer das «echte», wer das «gute» und wer das «bessere» Österreich repräsentiere... Dabei muss man von Glück reden, dass die gegenwärtige Regierung nur ihre Regierungspräambel und nicht die österreichische Verfassung international publiziert hat. Wäre die österreichische Verfassung im Detail bekannt geworden – womöglich hätte die Nato eingegriffen!

Kaum jemand in Österreich, geschweige denn in den EU-Partnerstaaten, weiss zum Beispiel Folgendes: Es ist in der österreichischen Verfassung zwar geregelt, wie lange die Amtszeit des Präsidenten dauert, es ist ebenfalls die Dauer

einer parlamentarischen Legislaturperiode definiert, aber es gibt keine Bestimmung, die festlegt, wie lange eine Regierung regiert und wann ihr Mandat endet. Das heisst: Wenn diese Regierung, die durchaus verfassungskonform zustande gekommen ist, nie zurücktritt, dann wäre auch das noch verfassungskonform. Wenn sie sich am Ende der parlamentarischen Legislaturperiode nicht aus traditionellem Goodwill Neuwahlen stellt – was dann? Dann haben wir eine Regierung ohne Parlament – ausser der Präsident setzt sie ab und eine Beamtenregierung ein. So sieht das die österreichische Verfassung vor. In beiden Fällen hätten wir politisch das austrofaschistische Revival, das keiner der österreichischen Antifaschisten auch nur als Möglichkeit zur Kenntnis genommen hat. Zugegeben, dieses Szenario mag unwahrscheinlich sein, und es scheint heute zweifellos näherliegend zu glauben: «Na, das werden sie doch nicht machen!» Aber: Ist nicht genau das das österreichische Problem? Stärkere Hoffnung in den guten Willen der politischen Führer zu setzen als in einen vernünftigen Rechtszustand? Gehörte dies nicht zumindest diskutiert? Wann, wenn nicht jetzt, da alles ins Rutschen kommt, wäre eine grundsätzliche Debatte über diese Republik, ihre Gewordenheit, ihre Verfasstheit, und über demokratiepolitische Reformen, die Österreich endlich unmissverständlich kompatibel mit Europa und der freien Welt machten, sinnvoll?

Endlich rational und öffentlich

Heute werden die Menschenrechte sogar dort immer wieder beschworen, wo sie zuvor demonstrativ gebrochen wurden, zum Beispiel im Innenministerium. Wir erleben die Selbstkritik und Reorganisation der Sozialdemokratie, was vor hundert Tagen noch völlig undenkbar gewesen wäre. Wir sehen die glaubwürdige Bereitschaft der Republik, endlich Entschädigungszahlungen an die Opfer des Nationalsozialismus zu leisten, was in den letzten dreissig Jahren nicht durchsetzbar gewesen ist. Wir können das Wachsen von Öffentlichkeit feststellen, in einem Land, in dem es fünfzig Jahre lang statt demokratischer Öffentlichkeit nur drei Substitute von Öffentlichkeit gegeben hat, nämlich das Heimliche, das Unheimliche und die «Kronen-Zeitung». Diese Liste liesse sich fortsetzen – dennoch: das «Gute» kann nicht genügen, wenn es nur die eilfertige Antwort auf einen konjunkturellen Druck ist und wenn es sich nicht mit grundsätzlichen Einsichten verbindet und diese verbindlich festschreibt. Es geht also, um es mit Jefferson zu sagen, nicht um «good-

will», sondern um «rational constitution». Endlich. Endlich auch in Österreich.

Die hundert Tage «Widerstand» und die internationalen Sanktionen machten notwendigen, ja überfälligen Druck auf unbegriffene Verhältnisse, und bis zu diesem Punkt ist es noch unerheblich, aus welcher grotesken Missverständnissen dieser Druck entstand und wie unbegriffen er selbst ist. Hier geht es nicht um «Gerechtigkeit», höchstens um «ausgleichende Ungerechtigkeit» (Klaus Hoffer), als Motor einer Dynamik, die, wie sich jahrzehntelang in Österreich gezeigt hat, gerecht nicht zu haben ist. So wie vor vierzehn Jahren im Fall Waldheim, der natürlich nicht der Kriegsverbrecher war, als der er geächtet wurde, der aber, in ausgleichender Ungerechtigkeit wegen seines exemplarischen Opportunismus und seines Mitlaufens bis an die Staatsspitze – so hätten sich alle gern gesehen und exkulpiert gefühlt, die Mitläufer und die Verbrecher –, nicht Präsident Österreichs wurde, sondern höchstamtlicher Auslöser der ersten tiefen Auseinandersetzung mit der Gewordenheit dieses Landes.

Bekanntlich hat aber diese Auseinandersetzung nicht genügt. Es war die Auseinandersetzung mit nur einem Einzelnen in einem leer-repräsentativen Amt. Und es war die Auseinandersetzung bloss mit jener Vorgeschichte, mit der es ohnehin einen Bruch gegeben hatte, wenn auch einen problematischen. Die damals begonnene Klärung, die Neukonstituierung der Republik muss und will jetzt zu Ende geführt werden, nicht mehr nur am Beispiel eines singulären Falls in einem barocken Amt, das sich ab und zu im Eröffnen einer Landwirtschaftsmesse betulich zeigt, sondern verallgemeinert, am Beispiel der Arbeit politischer Parteien, die sich täglich im praktischen Prozess gesellschaftlicher politischer Willensbildung beweisen und rechtfertigen müssen. Waldheim war, archäologisch gesprochen, ein Mittel-

handknochen, mit dieser Regierung haben wir ganze Ötzi.

Allerdings ist jetzt der Punkt erreicht, an dem der vernünftige Ausgang der Entwicklung auch Vernunft von jenen einfordert, die diese Entwicklung vorantreiben, wo der Druck vernünftigerweise auch auf jene wächst, die Druck ausüben, wo Erkenntnis und Rationalität auch jene beweisen müssen, die sie fordern. Welcher Faschismus soll in diesem Land besiegt, zumindest einmal erkannt werden? Welche Verfassung soll dieses Land haben, damit wir in Zukunft als Staatsbürger, an Politik interessiert, aber zugleich auch von ihr unbehelligt, leben können und, wenn wir Begriffe wie «regionale» oder «europäische Identität» hören, uns nicht heimlich übergeben müssen? Will man den Rücktritt dieser österreichischen Regierung oder den Rücktritt Österreichs aus einer zwielichtigen Verfasstheit? Will man Nutzniesser eines sozialdemokratischen Paternalismus sein, oder Anhänger sozialdemokratischer Ideen? Will man Demokrat sein oder ein Ich-bin-im-Rechthaber? Kurz: Will man als Ergebnis einer einigermassen revolutionären Situation einen Rückschritt zum Status quo ante oder einen Fortschritt? Die Dialektik der gegenwärtigen Situation liesse beides zu!

Und wäre, infolge der internationalen Sanktionen gegen die österreichische Regierung, eine verallgemeinerte Debatte über Rechtszustand und soziale Realität nicht zuletzt auch für Europa insgesamt und seine Ideen überfällig? Vorausgesetzt, dass aus den Ideen tatsächlich allgemeinverbindliche vernünftige Taten werden sollen, denn umgekehrt, das hat der Österreicher Karl Kraus gelehrt, ist das Scheitern vorprogrammiert: «Nichts ist so unmöglich wie der Versuch, aus Taten eine Idee zu machen.»